

Ressort: Politik

Seehofer nennt Migrationsfrage "Mutter aller politischen Probleme"

Berlin, 06.09.2018, 07:48 Uhr

GDN - Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hat die Migrationsfrage als "Mutter aller politischen Probleme" bezeichnet. "Das bestätigen viele Umfragen, das erlebe ich aber auch in meinen Veranstaltungen", sagte Seehofer der "Rheinischen Post" (Donnerstagsausgabe).

"Viele Menschen verbinden jetzt ihre sozialen Sorgen mit der Migrationsfrage." Nach dem Willen des Innenministers soll das geplante Fachkräftezuwanderungsgesetz Flüchtlingen mit Job keine neue Bleibeperspektive geben. Er lehnt sowohl den sogenannten Spurwechsel wie auch eine Stichtagsregelung ab. "Wer Asyl beantragt und ein Bleiberecht bekommt, ist arbeitsberechtigt. Wer Asyl beantragt und eine Ablehnung erhält, ist ausreisepflichtig. Diesen Grundsatz wollen wir nicht verändern", sagte Seehofer der Zeitung. "Wenn wir denjenigen ein Bleiberecht geben, die eine Arbeit aufnehmen, dann können wir uns das ganze Asylverfahren schenken", sagte der Innenminister. Seehofer will sich auch nicht darauf einlassen, einem Teil der Flüchtlinge, die bereits heute in Arbeit sind, über einen Stichtag ein Bleiberecht zu geben. "Solange wir das Migrationsthema nicht gelöst haben und eine Stichtagsregelung schaffen, erzeugen wir einen Pull-Faktor. Wir locken noch mehr Menschen an, die in Deutschland kein Bleiberecht bekommen können." Eine Stichtagsregelung nannte der Innenminister "lebensfremd". Das halte niemand durch. "Sie können nicht sagen, dass jemand, der am 1. Januar gekommen ist, bleiben darf, und derjenige, der einen Tag später da war, gehen muss." Eine Stichtagsregelung schaffe eine Amnestie für die gesamte Vergangenheit, sagte Seehofer der "Rheinischen Post". Damit droht um das Fachkräftezuwanderungsgesetz ein neuer Streit in der Koalition. Die SPD besteht auf ein Bleiberecht für Flüchtlinge, die in den Arbeitsmarkt gut integriert sind.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-111472/seehofer-nennt-migrationsfrage-mutter-aller-politischen-probleme.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com